

ULI SCHIPPELS

»Beinahe ostdeutsche Verhältnisse: So gute Ergebnisse wie in Schleswig-Holstein hat die Linkspartei im Westen noch nie erzielt«

So betitelte die FAZ am 27. Mai dieses Jahres ihren Bericht über die Ergebnisse der Kommunalwahlen im nördlichsten Bundesland. DIE LINKE erreichte am 25. Mai auf Anhieb 6,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, in den kreisfreien Städten Kiel, Lübeck und Neumünster und auf der Nordseeinsel Helgoland übersprang sie locker die 10 Prozent. Mit einem so guten Ergebnis hatte DIE LINKE nicht gerechnet. Wahlziel war es, in alle Kreistage mit Fraktionsstärke einzuziehen und in den kreisfreien Städten mehr Prozente als bei der letzten Bürgerschaftswahl in Hamburg zu erreichen.

Jetzt ist DIE LINKE mit 55 MandatsträgerInnen in den Selbstverwaltungen der Kreistage und kreisfreien Städte eingezogen, dazu kommen noch 26 Mandate in den kreisgebundenen Gemeindevertretungen. Mit diesem Ergebnis knüpft die schleswig-holsteinische LINKE nahtlos an die Wahlerfolge in Bremen, Niedersachsen, Hessen und Hamburg an und hat die Chance, sich langfristig auch im nördlichsten Bundesland zu etablieren.

Wahlssystem – was wurde gewählt?

Die meisten Schleswig-HolsteinerInnen hatten bei den Kommunalwahlen die Möglichkeit, zwei Stimmen abzugeben.¹ Zum einen fanden die Wahlen zu den elf

Kreistagen und vier kreisfreien Städten statt. Für eine flächendeckende Kandidatur zu dieser Wahl mussten die Parteien ca. 350 KandidatInnen aufstellen.

Zusätzlich konnten die Stimmberechtigten in den kreisgebundenen Gemeinden der elf Flächenkreise noch über 1000 Selbstverwaltungen in den Gemeinden bestimmen.²

Insgesamt konnten 2,33 Millionen Wahlberechtigte ihre Stimme abgeben, dass ist die höchste Zahl seit 1949. Stimmberechtigt waren alle Deutschen und die 43 000 BürgerInnen anderer EU-Staaten, die am Wahltag mindestens 16 Jahre alt waren.

Im Februar 2008 hat das Bundesverfassungsgericht die bis dato bestehende kommunale Fünf-Prozent-Hürde auf Antrag der Grünen und der LINKEN für verfassungswidrig erklärt. Sie wurde schon zur Kommunalwahl abgeschafft.

Ausgangslage

In Schleswig-Holstein regiert seit 2005 eine „große Koalition“ mit dem CDU-Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen. Die SPD konnte in dem eher konservativ geprägten Land nur zwischen 1988 und 2005 die MinisterpräsidentInnen stellen (Björn Engholm und Heide Simonis). 2005 scheiterte die SPD bei der Wahl der eigenen Ministerpräsidentin an einem Abweichter bzw. einer Abwechterin und musste sich als Juniorpartnerin in die Große Koalition fügen. Die Grünen sind erst seit 1996 im Kieler Landtag vertreten.

Eine Sonderrolle nimmt die Vertretung der Dänischen Minderheit, der Südschleswigsche Wählerverband (SSW), ein.³ Als Vertretung der gesamten Däni-

Schleswig-Holstein ist mit 2,84 Millionen EinwohnerInnen eines der kleineren Bundesländer der „alten Bundesrepublik“. Bis 1864 herrschten in Schleswig und Holstein meist dänische Herzöge und Könige. 1871 folgte die Eingliederung ins Deutsche Reich als preußische Provinz. Nach einer Volksabstimmung 1918 gelangte der nördliche Teil von Schleswig zu Dänemark. Schleswig-Holstein ist eher ländlich strukturiert. Es gibt mit Kiel und Lübeck nur zwei Städte mit mehr als 100 000 EinwohnerInnen. Ein Drittel der EinwohnerInnen wohnt im so genannten „Hamburger Speckgürtel“. Der nördliche Landesteil Schleswig ist besonders strukturschwach.

- ¹ In den kreisfreien Städten hatten die WählerInnen nur eine Stimme.
- ² In zwei Flächenkreisen wurden zusätzlich noch Landräte gewählt.
- ³ Der SSW ist im nördlichen Landesteil Schleswig zu Hause und hat auch zwei Sitze im schleswig-holsteinischen Landtag. Dies ist ein Ergebnis der Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955. Auf Druck der dänischen Seite wurden damals den jeweiligen Minderheiten besondere Rechte gewährt. Die Minderheitenrechte bein-

schen Minderheit gibt sich der SSW politisch neutral, er hat aber aufgrund seiner politisch-kulturellen Herkunft eine Ausrichtung, die sich an dem Modell des sozialdemokratischen skandinavischen Wohlfahrtsstaates orientiert. In der Sozial- und Bildungspolitik herrschen beim SSW progressive Vorstellungen vor, während er vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Strukturpolitik eher konservativ-etablierte Politikansätze vertritt.

Die im Auftrag des Norddeutschen Rundfunk (NDR) kurz vor der Wahl realisierte infratest dimap Umfrage⁴ dokumentiert eine relativ große Unzufriedenheit mit der Arbeit der großen Koalition in Schleswig-Holstein. Nur 2 Prozent der Befragten waren sehr zufrieden, 44 Prozent waren zufrieden. Dagegen waren 39 Prozent weniger zufrieden und 13 Prozent gar nicht zufrieden mit der Arbeit von CDU und SPD.

Hauptkonfliktfelder seit Regierungsantritt sind vor allem die rigiden Sparmaßnahmen zur Konsolidierung des Haushaltes:

- Die Landesbeschäftigten mussten so hohe Gehaltseinbußen hinnehmen, dass sie im Herbst 2006 in Kiel gegen die Sparbeschlüsse auf die Straße gingen – die größte Demonstration in Schleswig-Holstein seit den Manifestationen gegen das AKW Brokdorf in den 80er Jahren.

- Gegen den heftigen Widerstand der Kommunen ist der kommunale Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen zu Lasten der Kommunen erheblich beschnitten worden.

- Weitere Kürzungen bei sozialen Leistungen, z. B. bei den SchülerInnenbeförderungskosten, wurden im Land hart kritisiert und führten zu Auseinandersetzungen zwischen den Koalitionsparteien und schließlich zu Änderungen der rechtlichen Vorgaben – allerdings zu Lasten der Kommunen.

- Die geplante Veränderung der Kreisstrukturen musste nach heftigen emotionalen Debatten verschoben werden.

Darüber hinaus hat beispielsweise in der Bildungspolitik die Einführung von Regional- und Gemeinschaftsschulen die Menschen verunsichert. Die Überführung des dreigliedrigen Schulsystems in ein zweigliedriges⁵ interpretieren sowohl die SPD als auch die CDU für sich als Erfolg, obwohl sie bildungspolitisch unterschiedliche Ansätze vertreten.

halten u. a. die Erlaubnis zur Gründung von dänischen Schulen und Kindertagesstätten. Darüber hinaus gilt die Fünf-Prozent-Hürde für den SSW bei Landtagswahlen nicht. In Dänemark (Nordschleswig) gibt es die gleichen Rechte für die Deutsche Minderheit.

⁴ http://www1.ndr.de/nachrichten/kommunalwahlen_schleswig_holstein_2008/umfrage/index.html

⁵ die Haupt- und Realschulen werden zusammengelegt, die Gymnasien bleiben erhalten; als alternatives Modell gibt es die Gemeinschaftsschule.

Der Wahlkampf

Der Wahlkampf ist eher ruhig verlaufen. Die CDU hat sich ganz darauf konzentriert, mit dem schleswig-holsteinischen Landesvater zu werben. Kommunalpolitisch relevante Themen wie die Kinderbetreuung – hier ist Schleswig-Holstein immer noch Schlusslicht – wurden neben lokalen Problemen von allen Parteien angesprochen.

Die SPD hat versucht, sich im Wahlkampf vom Koalitionspartner abzugrenzen. Der Rücktritt von Ralf Stegner als Innenminister Anfang des Jahres sollte der SPD auch in Hinblick auf die kommende Landtagswahl 2010 die Möglichkeit eröffnen, trotz Koalition die CDU attackieren zu können. Folgerichtig hat Landeschef Stegner die CDU zur Hauptgegnerin im Kommunalwahlkampf erklärt und die soziale Spaltung im Land kritisiert.

Ein Thema im Wahlkampf war die Frage nach dem Verhältnis der SPD zu den LINKEN. Hier gab es keine eindeutigen Botschaften von der SPD. Während beispielsweise die Sozialdemokratie in der Landeshauptstadt Kiel eindeutig auf Distanz ging, gab es in anderen Städten und Gemeinden durchaus Signale in Richtung Zusammenarbeit. SPD-Landesvorsitzender Stegner hat die Position vertreten, dass vor Ort entschieden werden müsse, mit wem nach der Wahl zusammengearbeitet werden solle. Damit distanzierte er sich deutlich von den Beckschen Abgrenzungen auf Bundesebene und war bemüht, sich selbst ein linkes Image zu geben. DIE LINKE selbst wurde in dieser Debatte nicht mehr nur als Objekt behandelt, viele Medien zeigten auch Interesse an der Position der LINKEN bezüglich der Zusammenarbeit mit der SPD.

Der Wahlkampf der LINKEN (Hier ist DIE LINKE!)

Bemerkenswert ist, dass es DIE LINKE geschafft hat, (fast) flächendeckend zur Kreistagswahl anzutreten. Dies ist keine Selbstverständlichkeit. Als im Spätsommer 2007 der flächendeckende Wahlantritt als Ziel formuliert wurde, gab es innerhalb des Landesverbandes Gegenwind. Zu schwach war die Struktur in den gerade erst gegründeten Kreisverbänden. Aber die Parteigründung im Juni 2007 und die Erfolge bei den Landtagswahlen im Westen haben auch in Schleswig-Holstein eine Dynamik entwickelt, die in kürzester Zeit handlungsfähige Kreisverbände hat entstehen lassen.

Im Wahlkampf selbst wurden folgende Botschaften kommuniziert:

- DIE LINKE ist eine neue Partei (Hier ist DIE LINKE!),

- DIE LINKE ist die Partei, die für soziale Gerechtigkeit steht,
- DIE LINKE ist eine erfolgreiche Partei.

In enger Kooperation mit der Agentur wurde versucht, über Visualisierungen auf Plakaten vier Themen zu besetzen. „Wichtig für alle“ (gegen Privatisierung); „Leben können“ (für gerechte Löhne), „Kinder fördern“ (für eine gute kostenfreie Bildung) und „Armut bekämpfen“. Damit hat DIE LINKE zweifelsfrei richtig gelegen. Die im Auftrag des NDR durchgeführte Umfrage von infratest dimap dokumentiert, dass Arbeitslosigkeit, Bildung und Familie/Kinderbetreuung die wichtigsten politischen Probleme im Land sind.

Zusätzlich wurden zentrale Flyer zu den Themen „Bildung“ und „Antifaschismus“ angeboten. Wichtigstes Wahlkampfmittel vor Ort waren die in vielen Kreisen verwendeten A5-Flyer „Hier ist DIE LINKE“ (oder ähnliche Produkte), die kurz und präzise die jeweiligen Forderungen der LINKEN vor Ort kommunizierten. Auch hier gab es überall ähnliche Botschaften (mehr Demokratie; Umwandlung von Ein-Euro-Jobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung; Sozialticket; eine Schule für alle; etc.).

Durch das (fast) identische Erscheinungsbild konnte der Eindruck eines professionellen und einheitlichen Wahlkampfes vermittelt werden. Von der Anlage her waren die Verteilmaterialien auf face-to-face-Wahlkampf ausgerichtet, der je nach Situation vor Ort auch umgesetzt wurde.

Neben einer Vielzahl von eher nicht so gut besuchten Veranstaltungen mit Bundestagsabgeordneten stachen die Wahlkampfevents mit Oskar Lafontaine (Wahlkampfauftritt in Lübeck am 8. April) und Gregor Gysi (Wahlkampfabschluss am 21. und 22. Mai) hervor. Über diese Veranstaltungen wurde vom NDR in Radio und Fernsehen berichtet.

Die Printmedien vor Ort haben den Wahlkampf der LINKEN unterschiedlich stark begleitet. Neben bisweilen immer noch polemischen Artikeln wie z. B. im Hamburger Abendblatt wurde DIE LINKE aber zunehmend als ernster politischer Faktor dargestellt. Viel hing dabei auch von den Aktiven vor Ort und ihrem Zugang zur Presse ab.

Das Wahlergebnis

Die hier vorliegende Untersuchung beschränkt sich auf die Analyse der Ergebnisse zur Kreistagswahl. Zu dieser kandidierten die etablierten Parteien flächendeckend. Der SSW kandidierte im nördlichen Landesteil Schleswig und in den nördlichen Wahlkreisen der Landeshauptstadt Kiel.

Die NPD kandidierte für die Kreistage in Nordfriesland, Ostholstein (nördlich von Lübeck gelegen), Her-

zogtum Lauenburg (südlich von Lübeck und östlich von Hamburg) und in Kiel.

DIE LINKE trat zur Kreistagswahl nahezu flächendeckend an. Nur in den Kreisen Ostholstein (26 von 29), Rendsburg-Eckernförde (27 von 29) und Pinneberg (27 von 29) konnten insgesamt sieben Wahlkreise nicht besetzt werden.

Das empirische Material zur Auswertung ist eher bescheiden. Neben den amtlichen statistischen Auswertungen⁶ und der schon erwähnten NDR-Vorwahlbefragung von infratest dimap liegen keine weiteren Analysen etablierter Meinungsforschungsinstitute vor. Dem Autor sind nur zwei kleine Vorwahlbefragungen in Lübeck und Kiel bekannt⁷, die allerdings nur bedingt wissenschaftlichen Ansprüchen genügen.

Bei der Kommunalwahl 2003 war die CDU mit 50,8 Prozent stärkste Kraft geworden. Die SPD verbuchte ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis und erreichte nur 29,3 Prozent der abgegebenen Stimmen. Der damalige Verlust der SPD von knapp 13 Prozent gegenüber der Kommunalwahl 1998 wurde zu Recht mit der unsozialen Agenda-Politik des damaligen Bundeskanzlers Gerhard Schröder erklärt. Die CDU konnte bei der gleichen Wahl um über 11 Prozentpunkte zulegen.

Im Vorfeld der Kommunalwahl 2008 waren die Erwartungen der etablierten Parteien relativ bescheiden. Die SPD wollte „wo immer möglich, wieder die stärkste kommunalpolitische Kraft werden“, so Landeschef Ralf Stegner. Ministerpräsident Carstensen wollte für die CDU „ihre 2003 erreichten Mehrheiten verteidigen“.

Die Wahl endete in einem Debakel für die Große Koalition. Während die „kleineren Parteien“ Gewinne einstreichen konnten, mussten vor allem CDU und SPD herbe Niederlagen einstecken. Die CDU verlor 12,2 Prozent, die SPD verlor nochmals 2,7 Prozentpunkte.

Kommunalwahlen in SH 1994 bis 2008

	1994	1998	2003	2008
SPD	39,5	42,4	29,3	26,6
CDU	37,5	39,1	50,8	38,6
Grüne	10,3	6,8	8,4	10,3
FDP	4,4	4,8	5,7	9
SSW	2,6	2,9	2,5	3
LINKE	-	-	0,2	6,9

Der Vergleich zu den vorausgegangenen Kommunalwahlen zeigt, dass sich die CDU auf dem Niveau von 1994 und 1998 stabilisieren konnte, während die SPD im gleichen Zeitraum ein Drittel Schwund hinnehmen musste.

⁶ http://www.statistik-sh.de/KW08/Aktuell/B_VII_3_4_08_S.pdf

⁷ Es handelt sich um zwei empirische Untersuchungen der Thomas-Mann-Schule in Lübeck und des Thor-Heyerdahl-Gymnasiums in Kiel.

Viel dramatischer dokumentiert sich die Abwendung von den „Volksparteien“ bei der Betrachtung der absoluten Stimmen. Die geringe Wahlbeteiligung lässt den Verlust von CDU und SPD geringer erscheinen als er in Wirklichkeit ist. Gegenüber der Kommunalwahl 2003 verloren SPD und CDU zusammen 24,8 Prozent ihrer WählerInnen.

Kommunalwahlen 2008: Absolute Stimmen

	KW 2003	KW 2008
SPD	354 250	296 764
CDU	614 247	431 530
FDP	68 653	100 352
Grüne	101 058	114 906
LINKE	2 166	76 653
SSW	30 486	33 798
Andere	36 815	63 529

Problematisch für die CDU erscheint vor allem die Schwäche in den kreisfreien Städten. Hier verlor die Regierungspartei fast 50 Prozent der WählerInnen und landete bei nur noch 27 Prozent, während sie in den Flächenkreisen noch 42 Prozent erreichte. Offensichtlich hat es die CDU nicht verstanden, in den Städten ein modernes, urbanes Politikangebot zu unterbreiten. Auch die werberische Konzentration auf den Ministerpräsidenten, der eher die Bevölkerung auf dem Land als in der Stadt anspricht, mag einen Einfluss gehabt haben.

Die Sozialdemokratie ist die eigentliche Wahlverliererin. Auf der Bundesebene von einem Umfragetief ins nächste taumelnd, landete sie sowohl bei den Flächenkreisen als auch in den kreisfreien Städten nur noch bei 26 bzw. 28 Prozent der abgegebenen Stimmen. Gegenüber 2003 verlor sie noch mal knapp 60 000 von 350 000 Stimmen. 1998 hatte die SPD bei den Kommunalwahlen sogar noch über 570 000 Stimmen erzielen können.

Die Schwäche der Großen ist die Stärke der Kleinen

Der Stimmenzahl für die sogenannten kleinen Parteien ist trotz geringerer Wahlbeteiligung von 239 178 auf 389 238 Stimmen gestiegen. Das entspricht einem Anteil von knapp 35 Prozent. Die Grünen konnten gegenüber 2003 noch mal um 14 000 Stimmen auf nunmehr 10,3 Prozent zulegen. Die Debatte um das schwarz-grüne Bündnis in Hamburg hatte offensichtlich keine negativen Auswirkungen auf das jetzige Wahlergebnis. In der Landeshauptstadt Kiel, die seit 2003 von CDU und Grünen „regiert“ wird, konnten die Grünen noch mal um 2,5 Prozent auf nunmehr 16,6 Prozent zulegen. Wie schon in vorausgegangenen Wahlen zeigt sich, dass

die WählerInnen der Grünen die am ehesten homogene Anhängerschaft darstellt.

Die größten Zuwächse bei den etablierten Parteien erzielte die FDP, ein sattes Plus von 31 000 Stimmen (nunmehr 9 Prozent). Es kann davon ausgegangen werden, dass der Wahlerfolg der FDP vor allem zu Lasten der CDU ging.

Auch der SSW konnte sein Wahlergebnis leicht verbessern (+ 3 312 Stimmen) und erreichte 11 Prozent im nördlichen Landesteil.

Parteiunabhängige WählerInnengemeinschaften, die bisher eine geringe Rolle spielten, konnten ihren Stimmenanteil von 2,6 auf 5,1 Prozent erhöhen. Neben eher konservativen Wahlbündnissen in der Fläche stach vor allem das Ergebnis der WIF („Wir in Flensburg“) hervor, die aus dem Stand heraus nicht nur einen Stimmenanteil von 22,3 Prozent erreichte, sondern als „links-bürgerliche“ Formation⁸ auch stärkste Partei in Flensburg. Die kritische Opposition in Flensburg aus eher links orientierten Grünen, der LINKEN und der WIF erreichte einen Stimmenanteil von 37 Prozent.

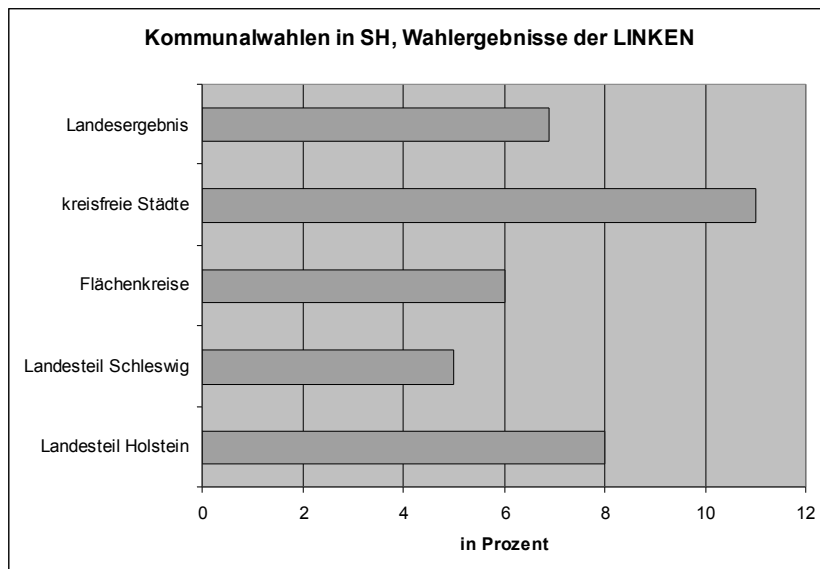
Die NPD konnte die Verdrossenheit gegenüber den „Volksparteien“ nicht nutzen. Ihre Wahlergebnisse sind schlechter als bei früheren Wahlen. Nur durch den Wegfall der Fünf-Prozent-Hürde und aufgrund von Überhangs- und Ausgleichsmandaten ist es der NPD gelungen, jeweils ein Mandat im Herzogtum Lauenburg und in Kiel zu erreichen. Damit bleibt die NPD wie schon bei den Wahlen von Hessen bis Hamburg marginalisiert. Nur im Osten ist es ihr offensichtlich gelungen – zuletzt bei den Kommunalwahlen in Sachsen – von der Krise der „Volksparteien“ zu profitieren.

Als Resümee ist in Schleswig-Holstein ein Trend zur „Zerfaserung“ des herkömmlich, etablierten Parteiensystems ablesbar. Beide „großen Parteien“ verlieren ihre Fähigkeit, als Volksparteien langfristig WählerInnengruppen an sich zu binden. Dabei zeigt die SPD die größeren Erosionsprozesse.

Der Wahlerfolg der LINKEN

Überraschend und neu für Schleswig-Holstein ist die Tatsache, dass DIE LINKE bei Kommunalwahlen als wählbare Alternative akzeptiert wird. Während die Quellpartei PDS bei den Kommunalwahlen 2003 nur sporadisch kandidierte und trotz engagierten Wahlkampfes vor Ort auf keine positive Resonanz bei den WählerInnen stieß (das beste Ergebnis lag bei 1,8 Prozent in Lübeck), konnte DIE LINKE nunmehr 6,9 Pro-

⁸ DIE WIF in Flensburg hat sich programmatisch in erster Linie für mehr Demokratie in der Stadt, gegen die Privatisierung und für den Primat der Arbeitsplatzschaffung bei der Wirtschaftspolitik ausgesprochen. Hier gab es sehr viele Überschneidungspunkte u. a. mit den Wahlaussagen der LINKEN



zent der abgegebenen Stimmen gewinnen (Bundestagswahl 2005 4,6 Prozent). Stärker als bei den anderen Parteien ist bei der LINKEN ein Stadt-Land-Gefälle zu konstatieren. In den vier kreisfreien Städten erreichte die Linkspartei 11 Prozent der Stimmen, in den Flächenkreisen dagegen „nur“ 6 Prozent. Einzig im Nord-Westen, im Kreis Nordfriesland, blieb DIE LINKE unter 5 Prozent. Im gesamten Schleswiger Landesteil erreichte DIE LINKE 5 Prozent, im südlichen Holsteinischen Gebiet sogar 8 Prozent der Stimmen.

Insgesamt gesehen ist DIE LINKE auf dem Weg, sich als fünfte politische Kraft in Schleswig-Holstein zu etablieren. In allen kreisfreien Städten liegt sie sogar vor

der FDP, in Flensburg, Lübeck und Neumünster sogar vor den Grünen.

Da kein Vergleich zu vorangegangenen Kommunalwahlen möglich ist, soll das Wahlergebnis der LINKEN mit dem der Bundestagswahl verglichen werden. Das absolute Stimmenergebnis der Bundestagswahl 2005 wurde knapp verfehlt (-2 102 Stimmen). Allerdings hätte sich die Differenz bei einem flächendeckenden Wahlantritt um mindestens die Hälfte reduziert. Und in den kreisfreien Städten konnte DIE LINKE gegenüber der Bundestagswahl auch in absoluten Zahlen zulegen (+3 210 Stimmen). Aufgeschlüsselt nach Kreisen ergibt sich ein differenziertes Bild.

Absolute WählerInnenstimmen der LINKEN (Bundestagswahl 2005, Kommunalwahl 2008)

	<i>BTW 2005</i>	<i>KW 2008</i>	<i>KW 2008 in Prozent</i>	<i>Differenz</i>	<i>Prozent</i>
<i>Neumünster</i>	2 234	3 436	13,2	1 202	153,80
<i>Lübeck</i>	6 702	8 319	11,7	1 617	124,13
<i>Kiel</i>	8 321	9 648	11,1	1 327	115,95
<i>Plön</i>	3 476	3 853	6,3	377	110,85
<i>Dithmarschen</i>	3 704	3 995	7,0	291	107,86
<i>Segeberg</i>	7 015	7 273	7,4	258	103,68
<i>SH gesamt</i>	78 755	76 653	6,9	-2 102	97,33
<i>Stormarn</i>	6 020	5 840	6,3	-180	97,01
<i>Lauenburg</i>	5 253	5 015	6,4	-238	95,47
<i>Steinburg</i>	3 810	3 271	6,1	-539	85,85
<i>Rendsburg-Eckernförde</i>	7 100	6 095	5,0	-1 005	85,85
<i>Schleswig-Flensburg</i>	5 054	4 333	5,1	-721	85,73
<i>Ostholstein</i>	5 196	4 449	5,5	-747	85,62
<i>Pinneberg</i>	8 043	6 266	5,8	-1 777	77,91
<i>Nordfriesland</i>	3 661	2 730	4,0	-931	74,57
<i>Flensburg</i>	3 066	2 130	7,3	-936	69,47

Die Spanne reicht von Neumünster (mit knapp 80 000 EinwohnerInnen eine kleinere Stadt mit prekärer Sozialstruktur und hoher Arbeitslosigkeit), in der noch mal 50 Prozent mehr Menschen DIE LINKE gewählt haben, bis nach Flensburg, wo nur noch knapp 70 Prozent der absoluten Stimmenzahl von 2005 erzielt werden konnte.

In Flensburg hatte Die LINKE bei der Bundestagswahl 2005 noch ihr bestes Ergebnis (6,4 Prozent). Bei der Kommunalwahl stand sie allerdings zusätzlich in Konkurrenz vor allem zum SSW und der WIF. Offensichtlich hat sich ein Teil der WählerInnen für die anderen Angebote entschieden. Dagegen gab es beispielsweise in Neumünster neben den etablierten Parteien keine Wahlkonkurrenz. In Verbindung mit einem engagierten Wahlkampf vor Ort konnte DIE LINKE dort drittstärkste Partei werden und 13,25 Prozent der Stimmen erzielen. Nicht zu unterschätzen ist auch das Wahlergebnis in Lübeck. Hier konnte sich DIE LINKE trotz Konkurrenz zweier Wählervereinigungen als dritte Kraft durchsetzen.

Im Landesteil Schleswig (Flensburg, Nordfriesland, Rendsburg-Eckernförde, Schleswig-Flensburg) wurden die absoluten Stimmen der Bundestagswahl generell deutlich verfehlt. Offensichtlich macht sich hier der Einfluss des SSW bemerkbar.

Im Landesteil Holstein fallen die Kreise Steinburg, Ostholstein und Pinneberg deutlich ab. Die Tatsache, dass DIE LINKE in Ostholstein und Pinneberg wie auch in Rendsburg-Eckernförde für 7 bis 10 Prozent der WählerInnen nicht wählbar war, erklärt diese Ergebnisse zum Teil. Zusätzliche Konkurrenz durch Wählergemeinschaften mögen eine Rolle gespielt haben, die gab es aber beispielsweise auch in Plön und Dithmarschen.

Das Gesamtergebnis ähnelt im Vergleich zur Bundestagswahl 2005 dem sehr guten Wahlergebnis bei der Landtagswahl in Niedersachsen. Zwar ist es in Schleswig-Holstein bei der Kommunalwahl nicht ganz gelungen, die absolute Stimmenzahl der Bundestagswahl zu wiederholen (in Niedersachsen konnten noch mal 20 Prozent mehr WählerInnen gegenüber der BTW gewonnen werden), allerdings war die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl auch entsprechend geringer. Eine genauere Analyse wäre nötig, um den Trend zu erklären, dass DIE LINKE offensichtlich in großstädtischen Milieus wie Hamburg oder Bremen und Hessen zur Zeit geringere Zuwachsraten erreicht als in mittelgroßen Zentren wie Hannover, Oldenburg, Kiel oder Lübeck.

Wer wählte DIE LINKE?

Angesichts des guten Wahlergebnisses der LINKEN ließe sich sagen, dass DIE LINKE von allen gewählt wird. Menschen in allen Regionen, aus unterschiedlich-

sten sozialen Milieus haben – wenn auch unterschiedlich stark – DIE LINKE gewählt. Es lassen sich aber aus den vorliegenden Zahlen einige Trends ableiten.

Offensichtlich konnte DIE LINKE bei der Kommunalwahl besonders viele Stimmen im städtischen Bereich dazu gewinnen. Auf der anderen Seite sind aber auch hohe Wahlergebnisse im „Hamburger Speckgürtel“ zu konstatieren. Dieser zeichnet sich durch eine verhältnismäßig geringe Arbeitslosigkeit und relativ geringe soziale Verwerfungen aus.

Eine Auswertung der Wahlergebnisse in der Landeshauptstadt Kiel zeigt, dass DIE LINKE dort gute Stimmenergebnisse erzielen konnte, wo auch die SPD überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse erreichte und umgekehrt. Dies trifft immerhin auf 14 von 18 Stadtteilen zu. Dort wo die CDU und die FDP ihre „Hochburgen“ haben, schnitt DIE LINKE schlecht ab (und umgekehrt). Die Spannbreite der Wahlergebnisse für DIE LINKE in Kiel reichte von unter 8 Prozent in einigen Stadtteilen, in denen auch der SSW kandidierte, über 15 Prozent in einer Plattenbausiedlung mit sozialen Verwerfungen (Kiel-Mettenhof) bis hin zu knapp 24 Prozent im ehemaligen Arbeiterbezirk Kiel-Gaarden. In den „Hochburgen“ der LINKEN erreichten die Grünen vergleichsweise schlechte Wahlergebnisse.

Offensichtlich ist es der LINKEN gelungen, in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und Armutsproblemen eine besonders hohe Zustimmung zu erreichen. Dagegen halten sich die Zuwächse im links-grün-intellektuellen Milieu in Grenzen. Bei den Wahlen in Bremen und Hamburg war dies noch anders. Dort hatte DIE LINKE auch dort gute Ergebnisse, wo die Grünen stark waren.

Die Thomas-Mann-Schule in Lübeck prognostizierte vor der Wahl die WählerInnenwanderungen und kam zu dem Schluss, dass immerhin jede zweite Stimme der LINKEN in Lübeck von ehemaligen SPD-WählerInnen stammt.

Ein Umfrage in Kiel-Mettenhof⁹ hat zwar schon allein aufgrund der geringen Fallzahlen (470) nur eine beschränkte Aussagekraft, deutlich wurde aber wie schon in anderen Wahlen, dass DIE LINKE in erster Linie von Männern und weniger von Frauen Stimmen bekommt. Gleichzeitig wird aber in der Mettenhof-Umfrage eine hohe Zustimmung bei MigrantInnen prognostiziert.

Einige Anmerkungen zur Wahlbeteiligung

Das gute Abschneiden der LINKEN wird auch mit der schlechten Wahlbeteiligung erklärt. Diese liegt in den

9 In insgesamt sieben Wahlkreisen war DIE LINKE nicht wählbar, davon drei in Ostholstein und jeweils zwei in Rendsburg-Eckernförde und Pinneberg.

kreisfreien Städten unter 50 Prozent, in Neumünster, Lübeck und Flensburg sogar unter 42 Prozent. Diese Argumentation ist aus zwei Gründen nicht stichhaltig:

Zum einen ist es der LINKEN gelungen, trotz einer um über 30 Prozent geringeren Wahlbeteiligung gegenüber der Bundestagswahl ihre absolute Stimmenzahl fast zu halten und in den kreisfreien Städten sogar ordentlich zuzulegen. Zum zweiten hat die Vorwahluntersuchung von infratest dimap gezeigt, dass DIE LINKE bei dieser Wahl erhebliche Mobilisierungsprobleme hatte. Während die AnhängerInnen von CDU, SPD, FDP und Grünen ein relativ starkes Interesse an der Kommunalwahl zeigten (zwischen 66 und 60 Prozent), lag der entsprechende Wert bei der LINKEN nur bei 54 Prozent. In den „Hochburgen“ der LINKEN ist die Wahlbeteiligung generell niedriger als in anderen Stadtteilen. Nichts spricht dagegen, dass die Stimmenzahl der LINKEN sich noch mal erhöhen ließe, wenn es gelingt, den NichtwählerInnenanteil in den Hochburgen der LINKEN zu verringern. Anderen Untersuchungen, die behaupten, DIE LINKE hätte ihr WählerInnenpotential fast vollständig ausgeschöpft, ist die derzeitige Dynamik in der Wahlbevölkerung entgegenzuhalten. Sehr viel ist möglich, wenn es der LINKEN gelingt, den gesellschaftlichen Diskurs über soziale Gerechtigkeit weiter zu bestimmen.

Abschließende Warnungen

Innerhalb der LINKEN werden die sehr guten Wahlergebnisse im Westen, beginnend mit Bremen und nunmehr auch in Schleswig-Holstein, als Zeichen gewertet, dass Wahlen im Westen quasi von selbst gut ausgehen. Vergessen wird dabei oft, dass die Wahlergebnisse Resultat harter Arbeit sind – nicht nur, aber vor allem – auf Bundesebene. Mit dem geglückten Parteibildungsprozess ist es im Westen erstmals gelungen, der „antikommunistisch“ geprägten politischen Kultur einen „demokratisch-sozialistischen“ Ansatz entgegenzustellen. Immerhin 28 Prozent der Befragten in Schleswig-Holstein haben im Vorfeld der Wahl erklärt, sie fänden es gut, wenn DIE LINKE in die Kommunalparlamente einziehe.

Der Wahlerfolg der LINKEN in Schleswig-Holstein ist zudem aus einem anderen Grund kein Referenzwert für zukünftige Wahlergebnisse. Denn Schleswig-Holstein zeichnete sich schon zur Zeiten der Quelpartei PDS durch relativ gute linke Wahlergebnisse aus. 1994 und 1998 wurden hier die jeweils besten Bundestagswahlergebnisse in einem westdeutschen Flächenland erzielt.

Das jetzige Wahlergebnis eröffnet der LINKEN die Chance, sich durch die Arbeit in den Kommunalparlamenten zu etablieren. Ortsverbände müssen weiter auf-

und ausgebaut werden, um bei den nächsten Kommunalwahlen verstärkt auch in weiteren Städten und Gemeinden kandidieren zu können.

Es ist viel zu tun: Derzeit glauben nur 1 Prozent der Befragten in Schleswig-Holstein, dass DIE LINKE am ehesten die kommunalen Probleme lösen kann. Und bei der politisch-inhaltlichen Kompetenz sieht es auch noch nicht viel besser aus: Bei wichtigen Politikfeldern wie „Arbeitsplätze schaffen“, „Verkehrsprobleme lösen“ und „Umweltschutz“ trauen nur 1 Prozent der LINKEN Kompetenz zu. Ansätze für positivere Zuschreibungen gibt es im Bereich der „Bildungspolitik“ (2 Prozent), „Familien- und Kinderpolitik“ (4 Prozent) und „Sozialpolitik“ (5 Prozent).

Der derzeitige Wahlerfolg ist letztlich auch Ergebnis der Agonie der Sozialdemokratie. Eine Gestaltungsmehrheit für die Linke in Deutschland und in Schleswig-Holstein ist auf absehbare Zeit aber nur mit und nicht gegen die Sozialdemokratie denkbar. Wenn die SPD wieder Tritt fasst, muss DIE LINKE beweisen, dass sie ihre Hausaufgaben gemacht hat.

Uli Schippels ist Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Schleswig-Holstein.

Literatur:

- Hüttner, Bernd; Schepers, Norbert: Die Bürgerschaftswahl in Bremen 2007. DIE LINKE im Westen angekommen?, Standpunkte 11/2007, http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0711.pdf
- NDR-Umfrage von infratest dimap zur Kommunalwahl in SH, http://www1.ndr.de/nachrichten/kommunalwahlen_schleswig_holstein_2008/umfrage/index.html
- Radke, Björn; Heidtmann, Birger: CDU und SPD abgestraft. Die Kleinen legen zu und DIE LINKE ist da! <http://www.linke-sh.de/nc/partei/debatte/>
- Statistisches Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein: Kommunalwahl in Schleswig-Holstein am 25. Mai 2008, vorläufiges Ergebnis, http://www.statistik-sh.de/KW08/Aktuell/B_VII_3_4_08_S.pdf
- Thomsen, Andreas: Wie hat die LINKE bei den Kommunalwahlen am 2.3.2008 in Bayern abgeschnitten? http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/ls_bayern/dokumente/ergebnisse_kommunalwahlen_bayern08.pdf
- Thor-Heyerdahl-Gymnasium: Wahlumfrage von SchülerInnen des Gymnasiums, <http://thg.lernnetz.de/hp/?id=84>
- Marcus Hawel, Die Landtagswahl in Niedersachsen. http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Hawel-Wahlanalyse-Nds.pdf
- Michael Hartwig, Wer wählt die Linke? www.rosalux.de/cms/index.php?id=15967
- Martin Fochler, Die CSU - das Modell einer regierenden Partei http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Standpunkte_0805.pdf

In diesem Jahr sind bereits folgende „Standpunkte“ erschienen:

1/2008: Hanno Balz

„Sympathisanten“ als politisches Feindbild

2/2008: Ulrich Schachtschneider

Nachhaltigkeit in der Programmatik der Linkspartei:

Eine Analyse zum Stand der Integration sozialer, ökologischer und ökonomischer Forderungen

3/2008: Horst Dietzel

Die neuen Parteiprogramme von CDU und SPD – ein Vergleich

4/2008: Alexander Fischer

Kinderarmut verhindern – aber richtig!

Zur Rolle des Kindergelds bei der Bekämpfung der Armut von Familien mit Kindern

5/2008: Martin Fochler

Die CSU – das Modell einer „regierenden Partei“

6/2008: Jan Korte

„Kriegsverrat“ – ein letztes Tabu des Umgangs mit dem Nationalsozialismus?

7/2008: Wolfgang Grabowski

Die Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) und die russische Außenpolitik

8/2008: Irene Runge

Ist die jüdische Einwanderung nach Deutschland am Ende?

9/2008: Gregor Gysi

Die Haltung der deutschen Linken zum Staat Israel

10/2008: Gabi Zimmer

Auch in Sachen Europäische Union gilt:

Linke Politik sucht keine einfachen Antworten auf komplizierte Fragen

11/2008: Christian Wipperfürth

Rußland – ein vernachlässigter Akteur im Afghanistankonflikt

12/2008: Annette Groth

„Das globale Europa“ – Partnerschaft, die Armut schafft?

13/2008: Annette Groth

Der neue Hunger

Alle „Standpunkte“ sind zu finden unter: www.rosalux.de